

Anlage 1 zum Protokoll der Mitgliederversammlung vom 04.12.2013

3. Das neue Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege Schwerpunktsetzung 2014

Bericht und Diskussion von und mit Frau Mdirin Ruth Nowak, Amtschefin, Leiterin des Aufbaustabes von Frau Staatsministerin Huml:

Seit den Landtagswahlen Oktober 2013 gibt es zwei Ministerien:

- Umwelt und Verbraucherschutz
- Gesundheit und Pflege (StMGP)

Das Ministerium verbleibt bis auf weiteres im Arabellapark, es ist jedoch ein Umzug an einen neuen Standort geplant, welcher noch gesucht wird. Mit dem geplanten Umzug erfolgt auch eine Umstrukturierung:

Inhaltliche Änderungen im Ministerium: aus dem Arbeitsministerium übernommen wurden die Bereiche Pflege (-versicherung) und Hospiz, Demenz, Wohnen im Alter (im Zusammenhang mit Pflege), sowie das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung.

Ein Teil der Gesundheitswirtschaft, nämlich Tourismus, gehört wie bisher zum Wirtschaftsministerium, der Bereich der medizinischen Aspekte bleiben beim StMGP.

Vortrag Frau Nowak - Inhaltliche Schwerpunkte des Ministeriums:

1. Prävention

Ein Bayerischer Präventionsplan wird aufgestellt werden, Themen sind hier:

- Impfstrategie soll verbessert werden, bessere Vorsorge
- Schuleingangsuntersuchung soll verbessert werden (demnächst im Ministerrat). Kinder sollen ein Jahr früher untersucht werden, um so Defizite früher erkennen zu können. Erzieherinnen sollen einbezogen werden und die ärztliche Untersuchung soll einen höheren Stellenwert erhalten, derzeitige Standards sollen überprüft werden.
- Erreichbarkeit der Menschen mit Migrationshintergrund soll verbessert werden, z. B. über Multiplikatorinnen.
- Münchner Gesundheitsbeirat ist Vorbild für Runde Tische, die auf regionaler Ebene etabliert werden sollen (wie z. B. das Modellprojekt einer regionalen Gesundheitskonferenz im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen).

2. Thema Diabetes ist Schwerpunktthema für 2014, Frau Nowak würde hierzu die Unterstützung des Gesundheitsbeirates bzw. der Landeshauptstadt begrüßen

3. Krankenkassen: Wunsch, diese sollen mehr Geld für Prävention aufwenden

4. Versorgung mit Ärzten, vor allem Allgemeinmediziner: diese ist lt. Frau Nowak in München gut, aber die flächendeckende Versorgung in Bayern mit Blick auf die Demographie gibt Anlass zur Sorge. Lehrstühle für Allgemeinmedizin sollen in Bayern forciert werden, erhoffter Effekt: mehr Niederlassungen. Auch Niederlassungen von Fachärzten sollen gefördert werden

5. Krankenhäuser

Im Koalitionsvertrag gibt es bezüglich der Krankenhäuser eine Verbesserung (für München relevant): Analog zu den Unikliniken sollen Krankenhäuser der Maximalversorgung Vergütungen für sehr komplexe Krankheitsbilder (Hochkostenfälle) bekommen. Die Duale Finanzierung bleibt, das Jahreskrankenhausbauprogramm wird fortgeführt. Frau Nowak hofft, dass auch die bayerische Investitionskostenförderung in

gleicher Höhe fortgeführt werden kann.

6. Ausbau der Telemedizin

Digitales Krankenhaus, digitale Pflege: soll Ärzte und Pflegepersonal entlasten. Forschung an der FH München ergibt interessante (teilweise noch utopische) Konzepte. Ziel: möglichst lange zu Hause bleiben zu können und ggf. auch alleine zurecht kommen können, dies soll möglich werden mit modernen Assistenzsystemen

7. Pflegepersonal

Herausforderung Nachwuchsgewinnung: aktuell erfolgt eine Umfrage zum Bedarf. Eventuell könnte Pflegeumlage eine Lösung sein (Vorbild NRW), soll Anreiz zum Ausbilden sein. Träger, die nicht ausbilden, sollen so an Ausbildungskosten beteiligt und solche, die ausbilden, sollen nicht benachteiligt werden. Wurde bisher abgelehnt, im Landespflegeausschuss gibt es nun Zustimmung, das anzugehen.

Konsens ist, dass ausreichende Tariflöhne gezahlt werden sollten, keine Dumpinglöhne. Aktuell wurden Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage unter 1.118 Pflegekräften zur Einrichtung einer Pflegekammer von Frau Huml vorgestellt (Umfrage durchgeführt von FH München und Infratest).

Ergebnis:

50% befürworten Pflegekammer,

34% sind dagegen,

16% enthalten sich

Nun stellt sich Frage nach Interpretation der Ergebnisse, noch unklar, welche Konsequenz sich daraus ergibt

8. Thema „Hospiz“ ist neu im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und hat einen höheren Stellenwert als bisher.

9. Psychiatrie: Der Maßregelvollzug in der Psychiatrie ist dem Arbeitsministerium zugeordnet. Das Ministerium für Gesundheit und Pflege ist für Prävention zuständig, die psychische Gesundheit hat Stellenwert im Präventionsplan. Vor allem der betrieblichen Gesundheitsvorsorge soll ein höherer Stellenwert eingeräumt werden

Diskussion:

Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

- Stadtratsvorlage zu einer früher stattfindenden Schuleingangsuntersuchung ist in Vorbereitung
- Auf Bundesebene soll im Rahmen des Präventionsgesetzes das Setting Kommune einbezogen werden.
- Der Wert des ÖGD muss stärker betont werden

Ea Strin Dietrich:

Zur Situation der Pflege: die Ausbildung erfolgt noch vollkommen unterschiedlich, Wunsch, mit Hochschulen sprechen, um sich auf einheitlichen Kanon zu einigen, wäre schön, wenn Ministerium hier begleitend und appellierend wirken würde, denn die dreijährige Ausbildung ist überall rückläufig, der Bund sollte die einheitlich regeln. Außerdem solle man andere Modelle, zum Bsp. in der Schweiz anschauen.

Antwort Frau Nowak

Die Ausbildung zur Pflege unterliegt Wissenschaftsfreiheit, in der Praxis ist oft unklar, wie Arbeitskräfte mit verschiedenen Ausbildungen adäquat eingesetzt werden können. Eine Pflegekammer ist auch Thema im Kabinett, Wunsch wird zur Kenntnis genommen.

Frage Frau Lohmeier (Gleichstellungsstelle für Frauen der LHM): wo wird Zentrum für Familie u Soziales verortet sein?

Antwort Fr. Nowak Das Zentrum für Familie und Soziales bleibt weiterhin Anlaufstelle wie bisher. Fachlich zuständig ist für einen Bereich (Hospiz) das Gesundheits- und zum Teil auch das Arbeitsministerium.

Ea Strin Dr. Sieber

- wird das Ministerium im Gesundheitsbeirat aktiv sein?
- Interkulturelle Öffnung in der Pflege sollte in Curricula von Medizinstudium und Pflegeausbildung aufgenommen werden
- Muttersprache (z. B. als Ressource auch in der Arbeitswelt, speziell in Gesundheit und Pflege) geht verloren – sollte in Schulen gefördert werden
- inwieweit werden Umweltthemen gefördert?
- werden neue Therapieformen gegen Krebs (wie z. B. Hyperthermie) gefördert?

Antwort Fr. Nowak

- Ministerium für Gesundheit und Pflege übernimmt inhaltliche Ausbildung der Pflegekräfte vom Kultusministerium, wird Thema der Interkulturellen Öffnung stärker einbringen.
- Ausbildung von Medizinstudenten: Frau Nowak wird nachfragen
- Umweltmedizin als Schnittstelle zur Gesundheitsversorgung bleibt weiter beim Gesundheitsministerium
- Förderung neuer Krebstherapien: Frau Nowak wird sich erkundigen.

Ea Strin Dr. Anker meinte, dass die Frage einer Einrichtung einer Pflegekammer nachrangig sei. Die Pflegekräfte sollten ihrer Meinung nach besser bezahlt werden; die Tarifeinwertung sei zu niedrig, außerdem sollte es Zulagen für alle deutschen Städte geben. Frau Dr. Anker wies darauf hin, dass neuropsychologische Einrichtungen fehlen, werden Besondere Einrichtungen gefördert?

Frau Nowak stellte fest, dass besondere Einrichtungen nicht im Koalitionsvertrag enthalten sind.

Frau Mager-Tschira, Leiterin Hauptabteilung Gesundheitliche Vorsorge im RGU

- Prävention kann nicht nur kostenneutral erfolgen (Bsp. Schuleingangsuntersuchung), zumal die Aufgaben immer weiter ausgeweitet werden. Es ist wichtig, dass der ÖGD (Öffentlicher Gesundheitsdienst) und die Gesundheitsprävention besser unterstützt werden.
- Für mehr Leistung und Qualität (zum Bsp. Schuleingangsuntersuchung) wünscht sie sich auch bessere Zusammenarbeit von Gesundheits- und Kultusministerium, mehr Vernetzung, insbesondere die gesundheitliche Perspektive sollte deutlicher im Fokus stehen.
- Im Bereich gesundheitlicher Prävention, insbesondere für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, gibt es eine besondere Situation in München: einerseits eine gute Versorgung ja, aber auch spezielle Bevölkerungsstruktur, ergeben multidimensionale Problemlagen: ganze Stadtteile oder Gruppen (zum Bsp. Flüchtlinge) sollten besser betreut werden
- in der Messestadt Riem gibt es bis heute keinen Kinderarzt
- es soll eine feingliedrige, bedarfsorientierte Steuerung der Versorgung angestrebt werden

Frau Nowak: nahm zur Kenntnis, dass es in München unterversorgte Stadtviertel gibt. Sie stimmte zu, dass eine bessere Abstimmung nötig sei. Beispiel Kinderbetreuung: die Kinderbetreuung ist beim Arbeitsministerium angesiedelt. Das StMGP strebt eine verstärkte

Abstimmung mit dem Arbeitsministerium und den Erzieherinnen und Erziehern an, auch die psychische Gesundheit soll untersucht werden.

Als nächstes ergänzte **Referent Herr Lorenz**, dass die gemeinsame Bekanntmachung von Kultus- und Gesundheitsministerium zu Gesundheitsprävention in den Schulen nur in München umgesetzt würde, wird sonst in keiner Kommune gelebt. Grundsatz dabei ist, dass jedes Kind mindestens ein Mal in seiner Schulkarriere von einem Schularzt gesehen wird (auch in Mittel- und Förderschulen). Er kritisiert, dass der Freistaat hierfür keine Gelder zur Verfügung stellt.

Frau von Gaessler, Amt für soziale Sicherung, vertritt die Themen Sozialhilfe, ältere Menschen und behinderte Menschen: Investitionskostenförderung im stationären Bereich soll wieder eingeführt werden. Freistaat hat sich 2004/2005 aus Förderung zurückgezogen, Daraus und aus Pflegewohnorganisationsgesetz ergeben sich erhöhte Anforderungen an die Träger. Wünscht sich Beteiligung des Freistaates analog zu den Krankenhäusern. Auch Hilfe zur Pflege nach SGB XII- blieb beim Sozialministerium. Daraus ergibt sich wiederum ein Zuständigkeitsstreit, unter anderem über Transferleistungen. Es sei widersprüchlich, die Kosten für eine Abtreibung zu erstatten und für die Empfängnisverhütung nicht. Für den Mangel an Pflegekräften sollte man ihrer Meinung nach Anreize in Form einer Umlage für Ausbildung in der stationären Altenhilfe schaffen.

Antwort Frau Nowak:

die Abgrenzung bezüglich SGB XII bleibt

Und sie schätzt neue Beteiligung des Freistaates bei der Investitionskostenförderung als nicht erfolgsversprechend ein, sieht keine neue Förderung.

Frau Hilsenbeck (Vorstandsmitglied Gesundheitsbeirat)

1. Gibt es einen Landes-Psychiatrieplan?
2. Warum wird die Ehrenamtsförderung nicht finanziert?

Fr. Nowak antwortete zur ersten Frage, dass sie nicht glaubt, dass es einen Landespsychiatrieplan geben wird. Für die Förderung des Ehrenamtes ist das Arbeitsministerium zuständig.

Frau Riza (Donna Mobile)

- Schuleingangsuntersuchungen sollten nicht von Sozialmedizinischen Assistentinnen, sondern von Ärzten bzw. Fachpersonal gemacht werden. Hierfür sollten finanzielle Mittel bereitgestellt werden.
- Muttersprachliche Kompetenzen sollen gefördert und im Schulplan integriert werden, immer mehr Migrantinnen und Migranten sprechen Herkunftssprache nicht mehr, v. a. bei Minderheiten wird es zunehmend schwerer, entsprechende Multiplikatorinnen zu finden.

Frau Nowak Die Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts wurde von Landtag beschlossen, da der Schwerpunkt im Erlernen der deutschen Sprache liegt, um Integration zu erleichtern, mit der Kehrseite des Verlusts der sprachlichen Vielfalt. Schuleingangsuntersuchungen: Die Gesundheitsministerin sieht dies genauso, dass diese von Fachpersonal durchgeführt werden sollen, Sache ist vor Weihnachten im Ministerrat.

Referent Herr Lorenz schloss die Diskussion und bedankte sich sehr herzlich bei Frau Nowak für ihr Kommen und ihre Ausführungen.